Beilage
Sonnabend den 18. Januar 1930

Arbeiterstimme

Nr. 15
6. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Zum Landeskongreß in Chemnitz

Wählt revolutionäre Gewerkschaftsfunktionäre!

Von Paul Merker

Die Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre finden unter für die revolutionäre Opposition guten objektiven Bedingungen statt. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hat im letzten Geschäftsjahr die Arbeiterkämpfe skrupellos sabotiert und ist zu offenen Streikbruchmaßnahmen übergegangen. Arm in Arm mit der Polizei trat sie gegen kämpfende Arbeiter auf, systematisch verhinderte sie die Einleitung von Lohn- und Arbeitszeitbewegungen. Die Zahl der von den Gewerkschaften vorbereiteten Streiks ist gegenüber dem Jahre 1928 katastrophal gesunken. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der durch sogenannte sanktionierte Streiks „verlorenen" Arbeitstage 85 Millionen. Im Jahre 1929 betrug die Zahl nur noch 18 Millionen. Gleichzeitig zeigte sich zum Nachteil der Arbeiterklasse eine wesentliche Veränderung in der Beteiligung des Arbeiters vom Standpunkt der Bedrohung der einzelnen kämpfenden Gruppen für die gesamte revolutionäre Entwicklung. Statt dessen fanden eine große Anzahl betrieblicher Kämpfe und auch größere Streiks, wie der der Rohrleger und wie die politischen Massenstreiks am 2. Mai, am 1. August und am 30. September unter Führung der revolutionären Opposition statt, die die Gewerkschaftsbürokratie zwangen, sich viel krasser als in den vergangenen Jahren als ausgesprochene Werkzeuge der Monopol- und Trustherren vor den Massen zu entlarven.

Dieser Prozeß wird sich im Jahre 1930 in verschärftem Maße weiter entwickeln. Die Gewerkschaftsbürokratie unternimmt nichts gegen die Offensive der Trustbourgeoisie zur Herabsetzung der Lebenslage der Arbeitermassen, zur Massenentlassung und zum Abbau der sozialen Einrichtungen, sondern sie unterstützt die Offensive aktiv durch ihre gesamte sozialfaschistische Politik.

Die subjektiven Faktoren haben sich dagegen in den Neuwahlen der Gewerkschaftsfunktionäre für die revolutionäre Opposition, abgesehen von der allgemeinen Radikalisierung der proletarischen Massen, verschlechtert. Im letzten Jahre wurden tausende revolutionäre Gewerkschaftsfunktionäre von der Gewerkschaftsbürokratie ausgeschlossen. Die Politik der sozialfaschistischen Bürokratie hat zur Stagnierung in der Mitgliederbewegung des ADGB geführt, die schon in verschiedenen Verbänden zu einem Rückgang umzuschlagen droht. In einigen der wichtigsten Industrien (Chemie, Hüttenindustrie, Landarbeiter usw.) ist der Prozentsatz der organisierten Arbeiter in den Großbetrieben sehr gering, so daß die Mobilisierung der organisierten Massen zur Durchführung der Gewerkschaftswahlen auf der Grundlage des Programms der revolutionären Opposition mit bestimmten Schwierigkeiten verbunden ist.

Mit um so größerer Energie muß bei dieser Lage die revolutionäre Opposition an die Organisierung der Neuwahl der Gewerkschaftsfunktionäre herangehen. Der Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Massenmobilisation und zur Gewinnung neuer Arbeiterschichten, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten, für den revolutionären Klassenkampf. Der Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen ist eine günstige Gelegenheit zur grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen der revolutionären Opposition und der sozialfaschistischen Bürokratie zur Enthüllung ihrer ganzen verräterischen Politik vor den Massen.

Er vermehrt die Schwierigkeiten für den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat und festigt die proletarische revolutionäre Kampffront.

Die Wendung in der Tätigkeit der revolutionären Opposition zur selbständigen Organisierung und Führung der Arbeiterklasse muß sich in erster Linie auch in ihrer Strategie und Taktik bei der Durchführung der Gewerkschaftswahlen ausdrücken. Die Aufstellung der oppositionellen Kandidaten muß auf der Grundlage des Programms des 1. Reichskongresses der revolutionären Opposition und durch die Massen der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen erfolgen. Die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre ist nicht eine Angelegenheit der wenigen organisierten Arbeiter, die in die Gewerkschaftsversammlungen kommen oder die sich an der endgültigen Wahl beteiligen, sondern die Auswahl der Kandidaten muß von der Gesamtarbeiterschaft in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen erfolgen. Darum besteht die Vorbereitung der Gewerkschaftswahlen in ihrem wichtigsten Teil in der Vorbereitung der Kandidatenlisten durch die revolutionäre Opposition, in der Propagierung der Kandidaten im Betrieb, die verbunden sein muß mit einem rücksichtslosen Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie und mit der Mobilisierung der Massen zur Beteiligung an der Wahl und zum Anschluß an die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Die gesamte Kampagne ist ein Teil der Tätigkeit zur Organisierung von Kämpfen gegen die Massenentlassungen, um den Siebenstundentag, für die Sicherung und Verbesserung der Erwerbslosenversorgung. Sie muß eine Massenkampagne sein und den Schlag führen gegen die sozialfaschistische Ausschluß- und Spaltungspolitik, für die Verfolgung dieser Verräter aus den Funktionen der Arbeiterklasse und für die Anwendung einer wirklichen proletarischen Demokratie bei der Regelung aller, die Arbeiterbewegung betreffenden Fragen.

Daß die revolutionäre Opposition in den letzten Wochen einen wirklichen ernsten Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen geführt hätte, kann man keineswegs behaupten. In nur wenigen Betrieben wurde die Frage der Wahl der Ortsverwaltungen, der Branchenleitungen, der Generalversammlungsdelegierten überhaupt nur gestellt. Gerade in dieser Kampagne zeigte sich, daß die revolutionäre Opposition noch immer die alten Methoden anwendet, nicht versteht, eine wirkliche Massenarbeit zu leisten, sondern sich abkapselt und in engen Konventikeln klaubt. Ihre Arbeit zur Durchführung der Gewerkschaftsfunktionärwahlen erschöpfen zu können. In zahlreichen Fällen wurde überhaupt jeder ernste Versuch unterlassen, die Gewerkschaftsfunktionen den Sozialfaschisten zu entreißen, trotzdem **überall dort, wo mit Energie an die Arbeit herangegangen wurde, der Erfolg für die revolutionäre Opposition gesichert war. Dieser Mangel muß schnellstens beseitigt werden.**

Die gesamte Kampagne zur Organisierung der Arbeiterkämpfe muß gleichzeitig die Kampagne zur Vorbereitung und Durchführung der Gewerkschaftswahlen sein. Alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen in den Betrieben in den nächsten Wochen müssen gleichzeitig zur Neuwahl der Gewerkschaftsfunktionäre dienen. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus in den Betrieben und in den Gewerkschaften gehört zusammen. Beide Formen des Kampfes dienen der Kampfvorbereitung und der Herausbildung der revolutionären Vertrauensleute, der Eroberung der Betriebsräte, der Bildung der Kampfleitungen usw. Ueberall, wo Arbeiter sind oder wo angeblich Arbeiterinteressen vertreten werden, muß die revolutionäre Opposition kämpfen. Tut sie das, um so schneller wird sie die revolutionäre Einheitsfront der proletarischen Massen errichten.

Arbeiterentlassungen in der Zittauer Textilindustrie

In den Zittauer Textilbetrieben werden jetzt fast überall Entlassungen vorgenommen. Durch diese Maßnahme wollen die Unternehmer ihre Betriebe „rentabel" gestalten.

Bei der Firma **Wagner u. Moras Weberei** ist trotz eines Teilstreiks eine erhebliche Lohnsenkung vorgenommen worden. Nunmehr schreitet man zu Entlassungen. Die Gewerkschaftsbürokratie hat die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um den Lohn vollständig im Stich gelassen.

Auch bei der **Firma Kömiger** wird ein Teil Arbeiter entlassen. Weitere Entlassungen sollen folgen. Die Belegschaft forderte in einer Betriebsversammlung vom Arbeiterrat Rechenschaft. Als einige Kollegen die wirkliche Lage aufzeigten, schloß der Vorsitzende die Versammlung und verhinderte dadurch, daß die Arbeiter feste Beschlüsse fassen konnten. Die Gewerkschaftsopposition wird der Arbeiterschaft Gelegenheit geben, die gewaltsam beendete Versammlung fortführen zu können.

Die Arbeiterschaft der **Firma Gläntig** erhielt durch ihre Direktion mitgeteilt, daß die Arbeit so knapp sei, daß ein Teil der Arbeiter aussetzen müsse, oder die Firma sei gezwungen, den Betrieb ganz zu schließen. Der Arbeiterschaft fehlt es an einer guten Führung. Sie ließ sich durch die Drohung einschüchtern, so daß ein Teil Arbeiterinnen freiwillig sich bereiterklärte, vier Wochen auszusetzen und in dieser Zeit auf die Erwerbslosenunterstützung zu verzichten. Hier muß der Arbeiterschaft gezeigt werden, daß dies nicht die Lösung der Frage für sie ist, und daß sie auf diese Weise vollständig unter die Räder der kapitalistischen Rationalisierung kommt.

Besonders kritisch ist die Lage bei der **Firma F. A. Bernhardt.** Hier sind bis jetzt 35 Kündigungen ausgesprochen worden. Vorgesehen sind 140 Entlassungen. Dazu kommt noch, daß nur 4 Tage in der Woche gearbeitet werden soll. Die reformistischen Betriebsratsmitglieder haben die Aufgabe übernommen, die von der Betriebsleitung zur Entlassung vorgeschlagenen Leute auszusuchen und dann ihre Bewilligung zur Entlassung zu geben. Sie denken nicht daran, die Arbeiter gegen die Entlassungen zu mobilisieren, sondern sind der Firma bei der Entlassung noch behilflich. Aehnlich wie in den angeführten Betrieben sieht es auch in den anderen aus.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft der Textilarbeiterschaft zu: Nehmt in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung zu der Lage. Organisiert die Kampffront. Wählt in den Betrieben Delegierte für den Landeskongreß der Gewerkschaftsopposition am 25. und 26. Januar in Chemnitz.

Arbeiterkorrespondenz 136

Organisiert die Kampffront aller Textilarbeiter!

Textilarbeiterinnen und -arbeiter!

Monatelang kämpfen die Hartmannsdorfer Textilarbeiter gegen den Versuch der scharfmacherischen Direktion der Recenia, die die Löhne um 25—30 Prozent abbauen will. Dieser Kampf ist ein Beweis dafür, daß das sächsische Textilproletariat gewillt ist, die Gegenoffensive gegen die verschärfte Ausbeutung, die im Zeichen des Youngplanes gegen die Textilarbeiter durchgeführt wird, aufzunehmen. Der mutige und energisch geführte Kampf der Recenia-Belegschaft ist ein Beweis des wachsenden Kampfwillens der Betriebsschaft der Arbeiter mit allen Mitteln dem Aushungerungsplan der sächsischen Textilindustriellen entgegenzutreten.

Diesen Kampf, den die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer vergeblich versucht haben, abzuwürgen, wollen die Unternehmer jetzt mit den Machtmitteln des kapitalistischen Staates niederschlagen. 8 Tote und 20 schwerverletzte Proletarier sind von einer enimenschten Soldateska im Auftrage des Textilkapitals in Hartmannsdorf ermordet worden. Das Blut dieser Arbeiter muß die gesamte Textilarbeiterschaft zu einer eisernen Kampffront zusammenschweißen. Wie ein Mann muß sich das Textilproletariat gegen die schändlichen Terrormaßnahmen, für die Opfer der Polizeiprovokation und für die kämpfende Recenia-Belegschaft erheben. Dieser Kampf ist jetzt ein Kampf aller Textilarbeiter geworden. Jetzt muß ein Sturm gegen die Kosakenmethoden der Polizei in den Betrieben entfacht werden. Gelingt es dem Unternehmertum, den Streikenden eine Niederlage beizubringen, dann ist das eine Niederlage für das ganze Textilproletariat. Noch rücksichtsloser als bisher werden dann die Unternehmer versuchen, jeden Kampf um eine Lohnerhöhung niederzuknüppeln.

Einen Wahlausschuß zur Betriebsrätewahl wählten die Arbeiter der Deutschen Werkstätten Hellerau.

Dieser schändliche Plan muß zuschanden gemacht werden. Schnelle Hilfe für die Streikenden und die Opfer des Polizeiüberfalles tut not. **Nehmt Stellung in allen Betrieben.** Protestiert auf das schärfste gegen die unerhörten Polizeiprovokationen. Sammelt sofort **für die Opfer des Kampfes und für** die streikende Recenia-Belegschaft. Stellt selbst Forderungen in den Betrieben. **Kämpft für den Siebenstundentag und 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde.** Duldet es nicht länger, daß man euch bei Hungerlöhnen unmenschlich ausbeutet.

Nieder mit dem Polizeiterror!

Es lebe der einheitliche Kampf der Textilarbeiter gegen die scharfmacherischen Textilindustriellen, den kapitalistischen Unterdrückungsapparat und ihre sozialfaschistischen Helfershelfer unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Landesleitung der revolutionären Textilarbeiteropposition in Sachsen.

SPD-Betriebsrat fällt Arbeiterinnen in den Rücken

Korrespondenz einer Kartonnagenarbeiterin

Durch die neue Steuer auf die Zigaretten werden die Zigaretten kleiner hergestellt und man braucht deshalb auch andere Schachteln. Der Kartonnagenbetrieb, in dem ich beschäftigt bin, hat große Kartonnagenaufträge der Firma Reemtsma, Zigaretten AG, in Aussicht. Wir hätten dann 1 bis 1½ Jahre Arbeit. Die neue Tarifregelung, die demnächst in Kraft tritt, sieht eine geringe Lohnerhöhung vor. Da der Unternehmer nun auf jede erdenkliche Art seinen Profit zu steigern bestrebt ist, benutzt er dazu auch die voraussichtlich großen Aufträge, um aus den Arbeiterinnen noch etwas mehr herauszuholen. Die Direktion ging an den SPD-Betriebsrat heran und sagte ihm, daß für alle Beschäftigten im Betrieb für 1½ Jahre Arbeit vorhanden sei, wenn wir für die alten Lohnsätze weiter arbeiten würden. Was tat der SPD-Betriebsrat? Er forderte die Betriebsratsmitglieder auf, diese Mitteilung geheim zu halten.

Ich erachte das für eine schmähliche, die Interessen der Arbeiterschaft aufs höchste gefährdende Handlungsweise.

Wenn heute die Direktion neue Maschinen einführt, so werden Arbeiterinnen „überflüssig" und die Direktion hat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, den Arbeiterinnen geringeren Lohn gegeben und die Belegschaft verringert.

Unsere Aufgabe ist es, diese sozialdemokratischen Arbeiterschädlinge aus der Arbeiterbewegung zu entfernen und revolutionäre Betriebsräte zu wählen.

„Reform"prax's

Das ist die praktische Auswirkung der von den Sozialdemokraten gepriesenen Erwerbslosenversicherungs„reform"

Korrespondenz einer erwerbslosen Arbeiterin

Ich bin erwerbslos und wurde vom Arbeitsamt nach Annaberg in einen Metallbetrieb zur Arbeit vermittelt. Dagegen habe ich protestiert und mich geweigert, nach Annaberg in Arbeit zu gehen. **Auf Grund dieser Weigerung wurde mir für 4 Wochen die Erwerbslosenunterstützung entzogen.**

In der gegenwärtigen Zeit gibt es in allen Städten erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen, und es besteht bei diesen Vermittlungen leicht die Möglichkeit, daß die Vermittlung nach einem Betrieb erfolgt, wo ein Streik im Gange ist. Deshalb hatte ich es für meine selbstverständliche Pflicht als Arbeiterin gehalten, diese Arbeit abzulehnen. Das Arbeitsamt, dessen Methoden von den Sozialdemokraten verteidigt werden, geht also so weit, nicht nur den Proletariern vorzuschreiben, in welcher Stadt sie sich aufzuhalten haben, sondern es will uns auch hindern, Solidarität unter der Arbeiterklasse zu üben. Wer sich dem nicht willenlos fügt, wird mit Entziehung der kärglichen Unterstützung, also mit Hunger bestraft. Trotzdem soll es den Unterdrückern nicht gelingen, unseren Klassenstandpunkt zu zerstören, sondern wir werden unseren Weg der klassenbewußten Arbeiterin weiter gehen.

Revolutionäre Betriebsräte aus dem DMV ausgeschlossen

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hat in Eisenach den gesamten oppositionellen Betriebsrat des Dixiwerkes aus dem DMV ausgeschlossen. Der gesamte Betriebsrat bestand aus freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und war in den Betriebsabteilungen und Vertrauensmännerversammlungen des Betriebes auf einer freigewerkschaftlichen Liste aufgestellt worden. Trotzdem also hier sogar den Statuten bis zum letzten i-Tüpfelchen Rechnung getragen war, erfolgte jetzt der Ausschluß. Die Gewerkschaftsbürokraten pfeifen auf ihre eigenen Statuten, wenn es gilt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aus den Verbänden auszuschließen.

Rote Betriebsräte, revolutionäre Vertrauensleute

sind Vorbedingungen zum Kampf um 7-Stunden-Tag und höheren Lohn. Der Landeskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition bereitet die Betriebsrätewahl vor ● Wählt Delegierte zum Landeskongreß Sachsen, 25./26. Januar in Chemnitz

SLUB
Wir führen Wissen.